

Mit Christian Williwald, guten Abend. Das sind die Themen an diesem Freitag. Sollen Verbränner Autos eine Zukunft haben, das war Hauptthema beim EU-Gipfel in Brüssel. Einigung hat es keine gegeben. Chaos-Tag in Paris, Frankreich muss König Charles wieder ausladen, weil die Lage zu unsicher ist. Nicht verschweigen wollte sich Bundespräsident Van der Bellen heute bei der Angelobung von Johanna Mikkel Leitner seine Vorbehalte gegen Schwarz-Blau in Niederösterreich hat er klargemacht. Bald zwei Fußballmannschaften kann die SPÖ aufstellen mit allen Bewerberinnen und Bewerbern für den Parteivorsitz, um die 20 Leute dürften sich bewerben. Den Mutter-Kind-Pass wird es weitergeben, es gibt mehr Geld, die Ärztekammer zieht ihren Protest zurück. Welche Folgen hat der Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs gegen Vladimir Putin eines der Themen im Europa Journal ab 18.20 Uhr und wie sich Italien auf den nächsten Dürre-Sommer vorbereitet, der sich schon jetzt abzeichnet. Bei uns kommt etwas Regen, Gunterschuler. Heute Abend regnet es an der Nordseite der Alpen und im Osten verbreitet auch Gewitter sind möglich. In der Nacht verschiebt sich der Regenschwerpunkt in den Süden. Morgensamster kühler und im Osten und im Süden zunächst dichte Wolken und besonders in Kärnten anfangs auch regnerisch. Von Westen her bringt sich bald zeitweise die Sonne ein, allerdings folgen im Großteil Österreichs auch weitere Regenschauer und oberhalb von 1200 bis 1700 Meter Schneeschauer. Außerdem blieb auf der bestärkeren Westwind. Am Sonntag am Vormittag trocken und etwas Sonne. Am Nachmittag jedoch von Westen her der nächste Schub an Regen. Die Höchste hat der im Wochenende 7 bis 18 Grad. Eine 11 Prozent Partei in Deutschland versucht ihr Profil zu schärfen. Das wird bis Aussicht dazu führen, dass die EU ihren Plan aufgeben wird, Autos mit Verbrennungsmotoren ab 2035 nicht mehr zuzulassen. Auf Druck der FDP wollte die deutsche Regierung heute am EU-Gipfel den Ausstieg vom Ausstieg fixieren. Noch gibt es aber keine Einigung. Die EU-Kommission soll nun einen Kompromiss finden. Einen Konflikt wollen der deutsche Kanzler Olaf Scholz und der französische Präsident Emmanuel Macron nicht erkennen. Aus Brüssel berichtet Ernst Kernmeyer. Wenn der deutsche Kanzler Olaf Scholz auf den ungelösten Konflikt auf das Aus von Verbrennungsmotoren angesprochen wird, ist er gereizt und zeigt es auch. Ich weiß, dass Journalismus auch ein Unterhaltungsbesinn ist und dass sie deshalb natürlich es ganz doof finden, dass wir uns einfach einigen. Aber das wird schon passieren. Uns war ziemlich zündig. Deutschland will, dass Autos mit Verbrennungsmotoren auch nach 2035 noch fahren dürfen, zumindest dann, wenn sie mit e-Fuels betrieben werden, also mit künstlichen Kraftstoffen, die mit Ökostrom erzeugt werden. Für diese schon früher lose eingeräumte Möglichkeit soll die EU-Kommission jetzt einen konkreten Vorschlag vorlegen. Für sie ist das Verbrenner aus eines der zentralen Vorhaben auf dem Weg zur angestrebten Klima-Neutralität. Der französische Präsident Emmanuel Macron

hat bisher auch auf das Ende des Verbrenners bestanden. Heute betont er allerdings seine Einigkeit mit Scholz. Frankreich ist auf dem Weg zur Klima-Neutralität vor allem die Atomkraft wichtig. Moderne Atomprojekte sollten von der EU so gefördert werden wie erneuerbare Energie. Geht es nach Paris? Wir wissen, dass der Strom aus erneuerbaren nicht reichen wird, sagt Macron. Wir werden die Atomkraft brauchen. Die EU-Staats- und Regierungschefinnen und Chefs haben sich heute mit den jüngsten Turbulenzen am Bankenmarkt beschäftigt. Erneuten Kursstürzen der Bankaktien an den Börsen begegnen sie mit Betäuerungen, dass die Banken in der EU gut aufgestellt und stabil sein.

Emmanuel Macron bringt also keine Einigung in Sachen Verbrennerautos mit nach Hause. In Paris erwartet ihn so, dass so kein freundlicher Empfang die Proteste gegen die Pensionsreform gehen weiter auch nächste Woche. Deshalb hat die Regierung in Paris den Besuch des britischen Königs Charles abgesagt. So wie es derzeit zugeht in Frankreich, ist ein Staatsbesuch nicht möglich. Cornelia Primosh.

Die Aufräumarbeiten in den Straßen von Paris beseitigen nur die größten Schäden nach dem nächtlichen Wutausbruch der Demonstranten. Was bleibt sind die Müllberge als Folge des wochenlangen Streiks der Müllabfuhr und Brandschäden. Kein geeigneter Rahmen für den Empfang von König Charles, wie Emmanuel Macron nun die Verschiebung des Staatsbesuchs verteidigt.

Wir werden unseriös uns würde der Hausverstand fehlen, wenn wir den Staatsbesuch für das Königliche Paar während der Demonstrationen ausrichten. Drei Tage hätten König Charles und seine Frau Camilla bleiben sollen. Ein festliches Staatsbankett auf Schloss Versailles wäre die Krönung des Besuchs gewesen. Am Dienstag hätte das royale Paar mit dem Zug nach Bordeaux fahren

sollen. Doch Dienstag ist Großstreiktag mit stark eingeschränktem Bahnverkehr. Hinzu kommen die spontanen Teils gewalttätigen Proteste wie vergangenen Nacht in vielen Landesteilen.

In Bordeaux etwa wurde das Rathaus durch ein Feuer beschädigt. 400 Polizisten wurden verletzt, mehr als 450 Demonstranten in Gewahrsam genommen. Präsident Macron verurteile die Gewalt und rufe zu Verantwortungsbewusstsein auf. Mit der steigenden Gewalt kann Macron darauf zählen, dass die Proteste gegen die Pensionsreform an Rückhalt in der Bevölkerung verlieren. Er betont, dass er an seinem Reformvorhaben festhalten werde. Ein großer Streik wird nächste Woche auch in Deutschland für Probleme sorgen. Am Montag werden kaum Züge fahren und Flugzeuge starten und landen.

Und das wird man auch in Österreich spüren, berichtet Michael Matzke. Nicht fahren können am Montag alle grenzüberschreitenden Züge von und nach Deutschland und auch Allene, die über das Deutsche Eck zwischen Salzburg und Tirol pendeln. Als Ersatz stellen die ÖBB einen Pendelverkehr im zwei-Stunden-Tag zur Verfügung. Wer etwa von Wien nach Innsbruck möchte, muss allerdings zweimal

umsteigen in Salzburg und in Wörgel. Dadurch verlängert sich die Fahrzeit um bis zu drei Stunden. Nachtzüge werden umgeleitet oder fallen aus, vereinzelt bereits ab der Nacht von Samstag auf Sonntag. Hier können die Einschränkungen bis Mittwoch dauern. Bereits gekaufte Tickets können storniert oder rückerstattet werden. Die ÖBB empfehlen Reisen von, nach und über Deutschland

zu verschieben. 18.09.6 Minuten Politik in Österreich jetzt. In der Hofburg in Wien hat Bundespräsident Alexander van der Bellen heute die niederösterreichische Landeshauptfrau

Johanna

Mittelleitner angelobt. Es ist gestern im Landtag in St. Pölten gewählt worden. Dabei hat nicht einmal der eigene Koalitionspartner FPÖ für sie gestimmt. Die schwarz-blaue Zusammenarbeit war für den Bundespräsidenten auch anlassdeutliche Worte in Richtung Mittelleitner zu richten. Die Sorgen der Menschen über die neue Koalition könne er nachvollziehen, so van der Bellen. Julia Schmuck berichtet. Punkt 12 Uhr öffnet sich die rote Tapettentür der Bundespräsident tritt vor das transparente Rednerpult, wirft einen Blick zu den Kameras. Van der Bellen spricht gleich am Beginn die Kritik am Koalitionspakt mit der FPÖ an. Ich möchte mich nicht verschweigen. Ich kann viele dieser Sorgen nachvollziehen. Es ist zweifellos zur Kenntnis zu nehmen, dass sie sehr geehrte Verlandeshaupt vor sich schlussendlich zu dieser Zusammenarbeit entschlossen haben. Und es sind ganz bestimmt wichtige, intensive Wissens- und Gewissensüberlegungen dieser Entscheidung vorangegangen. Und Van der Bellen betont auch, nicht nur die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher erwarten von ihnen sehr genau hinzusehen und alles zu tun, um antidemokratische, die Würde des Menschen verletzende, autoritäre Tendenzen rechtzeitig und entschlossen zu stoppen. Es folgen Handschlag und Unterschriftmittel. Leitner bedankt sich und verspricht. Ich werde alles tun, um Niederösterreicher weiter zu tun, vor allem das, was Sie gesagt haben. Nehme ich der Volle für die Ernstung, wenn ich auch nicht. Ich danke Ihnen. Wenig angetan ist die FPÖ von der Rede des Bundespräsidenten. Sie kritisiert Van der Bellen für seine Worte. Es falle ihm schwer, Demokratie zur Kenntnis zu nehmen, heißt das in einer Aussendung. Eigentlich wollte die SPÖ endlich Klarheit schaffen, indem sie die Parteimitglieder bestimmen lassen wollte, wer die Partei führen soll. Nun droht die Lage, aber noch unübersichtlicher zu werden. Bis heute Mitternacht kann man sich noch melden. Neben Pamela Rendi-Wagner und Hans-Peter Dosko-Ziel haben das angeblich an die 20 weitere Kandidaten getan, darunter solche, die sich eher einen Spaß draus machen. Einer, der ernst meint, ist der Dreiskirchner Bürgermeister Andreas Babler. Ein anderer macht nun doch nicht mit Niklas Lärcher berichtet. Jener Mann, der dafür gesorgt hat, dass die SPÖ-Mitgliederbefragung nun auch für weitere Kandidaten offen steht, zieht zurück. Ex-Partei-Bell Nikolaus Kowal überlässt nun dem Dreiskirchner Bürgermeister Andreas Babler das Feld. Erzählt wie Kowal zum linken Parteiflügel. Neben Babler gibt es dem Vernehmen nach bereits rund 20 Bewerber für die Parteiführung. Dass der SPÖ-Spitze die eigene Mitgliederbefragung entgleitet, sieht der SPÖ-Nai-Kommunikationsexperte Stefan Sengel nicht. Zwar könne dieser Prozess kurzfristig schmerzhaft sein. Nicht alle Bewerber dürften es allerdings unbedingt gut meinen mit der SPÖ. So hat auch ex-BZÖ-Politiker Gerald Gross angekündigt zu kandidieren. Seine Mitgliedsantrag hat die SPÖ aber bereits abgelehnt. Und es gäbe sehr wohl Möglichkeiten, weitere Kandidaten noch abzulehnen, sagt SPÖ-Präsidiumsmitglied Selma Jildirim. Aber es darf nicht der Eindruck entstehen, dass da willkürlich vorgegangen wird. Gespräche mit Bewerbern könnten Klarheit bringen. Weil es ja im Grunde genommen eine sehr, sehr wichtige Angelegenheit ist. Und wir wollen ja dieses Votum nicht adapt so dumm führen und werden am Montag darüber behaupten. Dann muss der Parteivorstand darüber entscheiden, gut möglich, dass danach nicht alle auf der Kandidatenliste landen. Die Ärztekammer zuletzt gedroht die

Untersuchungen zum Mutter-Kind-Pass nicht mehr anzubieten. Nun hat sich die Kammer mit Sozialversicherung und Regierung geeinigt. Die Ärzte und Ärztinnen bekommen für die Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen mehr Geld. In Summe stehen fast 20 Millionen Euro zusätzlich bereit. Der Vorwahn, die Honorare für die Untersuchungen fast 30 Jahre lang nicht erhöht worden. Die Ärztekammer hatte ein Plus von 21 Millionen Euro für die Valorisierung der Honorare gefordert. Ganz so viel ist es nicht geworden. Der stellvertretende Kurian Obmatid Mabaya steht dennoch hinter dem Ergebnis. Wir haben unser Valorisierungsziel, wenn sie so wollen, um 2 Prozent nicht erreicht. Aber das ist kein Kassus-Belle, dass man den Eltern-Kind-Pass oder den Mutter-Kind-Pass sozusagen einfach hinwirft, weil wir auch Ärzte eine Verantwortung den Müttern gegenüber, den Eltern gegenüber und vor allem auch den Sohn-Ungebohren, also auch den Kindern gegenüber haben. Außerdem habe man sich auf einen fixen Fahrplan für weitere Honorarverhandlungen

verständnis. Diese Einigung müssen nun noch die Landesärzte kann man zustimmen, wovon Bayer ausgeht. Erfreut zeigen sich Familienministerin Susanne Raab und Gesundheitsminister

Johannes Rauch. Damit werde das Thema nicht weiter auf dem Rücken der Familien und Kinder ausgetragen und es sei sichergestellt, dass auch in Zukunft alle Kinder die beste Versorgung bekommen,

heißt es. Erleichtert ist auch Peter Leener, Vorsitzender der Konferenz der Sozialversicherungsträger.

Mit kommendem Jahr soll der Mutter-Kind-Pass in Eltern-Kind-Pass umgenannt werden und bis 2026 auch in elektronischer Form vorliegen, ähnlich dem Impfpass. Außerdem sollen die Leistungen erweitert werden. Eine Militär-Basis der USA in Nordsyrien ist heute angegriffen worden,

vermutlich mit einer iranischen Drohne. Ein Amerikaner ist dabei getötet worden, die USA haben daraufhin Luftschläge gegen Ziele in Syrien geführt, Susanne Nerkler berichtet. Mehrere Luftschläge haben die USA heute in Syrien durchgeführt, das US-Verteidigungsministerium spricht vom Präzisionsschlägen gegen Gruppen, die mit den iranischen Revolutionsgarten verbündet sind. Mindestens 11 iranische Kämpfer seien dabei getötet worden, meldet die syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte. Wir suchen keinen Konflikt mit dem Iran, betont John Kirby, Sprecher des Nationalen Sicherheitsrates der USA. Mit den Luftschlägen wollen die USA aber ein klares Zeichen setzen. Sie gelten als Vergeltungsschlag für einen iranischen Drohnenangriff, bei dem gestern ein US-Bürger im Nordosten Syriens getötet worden war. Die USA haben derzeit noch rund 900 US-Soldaten in Syrien, die als Teil einer Koalition gegen die Reste der IS-Terrormelids in Syrien kämpfen. Stellungen dieser von den USA angeführten Koalition sind immer wieder Ziel von Angriffen.

Schau nach Rom im Zentrum der katholischen Kirche erinnert ein neues Monument an Menschen, die die Kirche als Märtyrer verehrt. Es befindet sich in der Basilika St. Bartolomeus auf der Tiberinsel und einer dessen Schicksal dort erzählt wird, ist Franz Jägerstetter, jener Bauer aus Oberösterreich, der den Dienst in der Nazi-Armee verweigert hat und dafür hingerichtet wurde. Aus Rom Alexander Hecht.

Für den Generalvikar-Dioecese Rom Cardinal Angelo de Donatis ist es ein bittersüßes Ereignis.

Den Märtyrer dienten einerseits als Inspiration für den Glauben, aber andererseits erinnere

ja Schicksal daran, dass auch in der jüngsten Vergangenheit Menschen für ihren Glauben sterben mussten. Die Kirche sei im 20. Jahrhundert wieder seiner Kirche der Märtyrer geworden. An einige von ihnen wird in der Basilika St. Bartolomeo al Isola auf Rom's Tiberinsel erinnert, etwa an den Österreicher Franz Jägerstetter, der den Kriegsdienst in der Deutschen Wehrmacht aus Gewissensgründen verweigert hat und hingerichtet wurde. Oder an den Erzbischof von San Salvador Oscar Romero, einen Befreiungstheologen, der heute vor 43 Jahren auf Anweisung der Militärs erschossen wurde. Mit der Öffnung der Gedenkstätte, wie den Wunsch erfüllt, dem Papst Johannes Paul II. bereits während des heiligen Jahres 2000 geäußert hat, in questa Basilika, die antike Story der Materie, seunische alle Memoria der Nuovi Partiri.

Im Jänner hat eine Wiener Anwaltskanzlei funktionärer der Wirtschaftskammer angezeigt. Es ging um den Vorwurf des Amtsmissbrauchs und der Untreue, die Kammer soll unrechtmäßig in die Pensionskasse für Generalsekretär Karl-Heinz Kopf eingezahlt haben. Die Staatsanwaltschaft sieht keinen Anfangsverdacht und wird nicht weiter ermitteln, berichtet Petra Pichler.

Im Auftrag von Mandanten, die anonym bleiben wollten, hatte ein Wiener Anwalt im Jänner Anzeige gegen Wirtschaftskammer-Generalsekretär Karl-Heinz Kopf, Kammerpräsidenten Harald Marra und Kopfstellvertreter bei der Staatsanwaltschaft Wien eingebracht. Die Anzeige drehte sich um eine Erzsonderpensionszahlung für Kopf, die 2018 von Marra und Kopfstellvertreter unterzeichnet wurde. Laut Anzeige um das frühere Nationalratsgehalt von Kopf auszugleichen.

Bei der Wirtschaftskammer wurde der Vorwurf damals umgehend zurückgewiesen. Es habe zwar eine Vereinbarung gegeben, diese angesichts einer neuen geänderten Rechtsauskunft, aber schon 2021 rückabgewickelt worden, 250.000 Euro wurden zurücküberwiesen. Auch bei der Staatsanwaltschaft Wien sah man, wie nun bekannt geworden ist, keinen Anfangsverdacht. Daher wurden auch keine Ermittlungen eingeleitet.

Nahrungsergänzungsmittel sind recht beliebt, Vitamine, Mineralstoffe, Hilfe fürs Immunsystem. Besonders gerne werden Vitamin C und Magnesium genommen. Viele Studien bezweifeln allerdings, den Nutzen solcher Pillen, einfach eine Vitaminterplette zu nehmen, hilft dem Körper nicht unbedingt

berichtet, Barbara Reichmann.

Vitamin C ist das beliebteste Nahrungsergänzungsmittel in Österreich, aber es kann vom Körper nur dankgut verarbeitet werden, wenn er auch über genügend Vitamin E verfügt, sagt Martins Mollig vom Institut für Ernährungsmedizin am Uniklinikum Schleswig-Holstein.

Wenn wir zum Beispiel hochdosierte Vitamin C nehmen, 1, 2, 3 Gramm, aber gar nicht ausreichende Vitamin E versorgt sind, kehrt sich diese Schutzwirkung von Vitamin C sogar um. Und es schwächt das Immunsystem. Wie gut unsere Abwehr funktioniert, hängt auch von der Zusammensetzung der Mikroorganismen im Darm ab. Was wir essen, beeinflusst diese direkt. Und das wiederum ändert die Empfänglichkeit für Infektionen.

Am besten stärken kann man das Immunsystem mit vielseitiger Kost und vor allem mit viel Gemüse. Vitaminpräparate sind nur dann notwendig, wenn eindeutig ein Mangel vorliegt. Ob das

der Fall ist, kann man doch eine einfache Blutanalyse herausfinden.

Julia Wetzinger hat die Nachrichten im Amtsjournal.

Die Unabeschuldigt, Russland und die Ukrainer Kriegsgefangene ohne Gerichtsverfahren willkürlich hinzurichten. Die Menschen seien unmittelbar nach ihrer Festnahme auf dem Schlachtfeld exekutiert worden, heißt es in einem UN-Bericht. Ehemalige russische und ukrainische Kriegsgefangene

berichten zudem über Folter und Missbrauch.

Großbritannien und die EU haben den Kompromiss um Brexit-Regeln für Nordirland endgültig besiegelt. Der britische Außenminister Cleverly und EU-Kommissionsvize-Chef Jovic haben das sogenannte Windsor-Abkommen angenommen. Es soll eine harte Grenze zwischen dem EU-Mitglied Irland und der britischen Provinz Nordirland verhindern.

Auch die Klagenfurt der Stadtregierung kündigt eine Mietpreisbremse an. Für die mehr als 3.000 Stadt-Eigenden Wohnungen werden die Mieten heuer nicht erhöht, das sagt Klagenfurt Bürgermeister Christian Scheider vom Team Kärnten.

In den Verhandlungen um einen neuen Kollektivvertrag für das Boardpersonal der Austrian Airlines bietet das Management. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eine Gehaltserhöhung von 12,3% ab Mai. Zudem sollen die verbleibenden Teile des Kriegskrisenpakets zurückgenommen werden. Die Gewerkschaft kommentiert das Angebot nicht öffentlich am Dienstag finden Betriebsversammlungen statt.

Der heimische Wintertourismus erholt sich langsam. Von November bis Ende Februar verzeichnen Hotels, Pensionen und Ferienwohnungen laut Statistikaustria rund 48 Millionen Nächteungen. Das ist mehr als in der Saison zuvor, aber um 10% weniger als im Zeitraum der Saison 2019-2020, also vor der Pandemie.

Der deutsche Fußballserienmeister FC Bayern trennt sich von Trainer Julian Nagelsmann, das bestätigte Klub vor Kurzem. Nagelsmann folgt Thomas Tuchel, früher Trainer von Borussia Dortmund, Paris Saint-Germain und des FC Chelsea.

Nach einem Blick auf das Wetter, morgens am Samstag abwechselnd Sonnig und bewölkt sehr windig und ein paar Schauer, am Sonntag am Vormittag trocken und am Nachmittag von Westen her wiederregen, die Höchstwerte 7 bis 18 Grad.

Vielen Dank, Martina Peccele, Jalis Fetzini und Christian Williwald, Ihr Abendsjournal Team heute. Gleich ist es 18.20 Minuten Zeit für das europajournalische Beweiter Markus Müller.

Guten Abend. Wir besprechen heute, welche Rolle das internationale Recht beim russischen Angriff auf die Ukraine spielen kann. Wir schauen uns die Lage im Grenzgebiet zwischen Armenien und Azerbaijan genauer an. Wir berichten darüber, warum Tschechien Flüchtling aus der Ukraine besonders gut in den Arbeitsmarkt integriert und über die Probleme mit der Trockenheit in Norditalien.

Der Haftbefehl des internationalen Strafgerichtshofes gegen den russischen Präsidenten Vladimir Putin hat den Blick darauf gelenkt, dass auch das internationale Recht in diesem Konflikt eine Rolle spielt. Es gibt Verfahren gegen einzelne Personen, Verfahren zwischen den Staaten. Im Gespräch ist auch ein mögliches Sondertribunal. Welche Verfahren es derzeit gibt und welche Auswirkungen sie haben können, möchte ich mit der Völkerrechtlerin Astrid Reisinger Korasini von der UNSSD Twin besprechen, grüß Gott, Frau Reisinger Korasini.

Guten Morgen.

Der Internationale Strafgerichtshof hat vergangenen Wochen ein Haftbefehl ausgestellt gegen Vladimir

Putin, außerdem gegen die russische Kinderschutzbeauftragte eine gewisse Frau Maria Lvova-Biellova wegen

des Vorwurfs von Kriegsverbrechen konkret, weil ihnen vorgeworfen wird, ukrainische Kinder nach Russland verschleppt zu haben. Klar ist, dieser Haftbefehl kann nicht verstreckt werden, solange die beiden in Russland sind und solange Russland damit nicht einverstanden ist. Was bringt dieser Haftbefehl dann trotzdem?

Also, so ein Haftbefehl bedeutet zuallererst einmal eine Stigmatisierung der Personen, die betroffen sind. Das heißt, es ist ein wirklich noch sehr exklusiver Kreis von Personen, für die überhaupt ein Haftbefehl vom Internationale Strafgerichtshof ausgestellt wurde. Und wenn man da dazugehört, dann ist das schon normal etwas Besonderes. Es schränkt dann natürlich auch die Handlungsfähigkeit etwas ein, insbesondere das Präsidenten, der noch nicht mehr frei ins Ausland fahren kann, denn die Mitgliedsstaaten des Römerstatuts für den Internationale Strafgerichtshof

sind grundsätzlich verpflichtet, den Haftbefehl durchzuführen. Das heißt, Putin auch zu verhaften, wenn er das Territorium betrifft. Es gibt eine ganz prominente Aussage des Deutschen Justizministers, dass das natürlich der Fall sein wird. Das heißt, er ist international in seiner Handlungsfähigkeit eingeschränkt. Und ich denke, das hat auch Auswirkungen auf seine interne Position. Denn sozusagen die internationale Rolle und das Zeigen von Handlungsfähigkeit und von Verbündeten war eigentlich ein großer Teil des Selbstverständnisses und auch der Propagandemaschinerie.

Der Römerstatut hat derzeit 123 Mitgliedsländer bzw. dort gilt es, darauf kommen wir später noch ein bisschen genauer zu sprechen. Der russische Angriff hat eine Reihe von verschiedenen Folgen auf ganz verschiedenen rechtlichen Ebenen. Man kann es versuchen, so einzuteilen, man sagt, es gibt Verfahren zwischen Staaten und es gibt Verfahren gegen Einzelpersonen, wie jetzt dieser Haftbefehl. Bleiben wir mal bei diesem zweiten Teil. Was da noch hineinfallen würde, während zum Beispiel Sondertribonale, wie beim früheren Jugoslawien zum Beispiel, es gibt jetzt auch die Forderung eines Tribunals für diesen Krieg in der Ukraine. Was würde denn ein solches Sondertribunal bringen?

Wenn wir Brüche des Völkerrechts haben, können einerseits Einzelpersonen, im Rahmen des Völkerstrafrechts zur Verantwortung gezogen werden, da geht es dann um die Feststellung der persönlichen Schuld, aber es können auch Staaten für Handlungen zur Verantwortung gezogen werden. Das ist natürlich nicht strafrechtlich, nur sind andere Gerichte die zuständig sind. Also wenn wir im Bereich des Völkerstrafrechts bleiben, es hat unterschiedliche Sondertribonale gegeben, die meist für eine bestimmte Situation, sondern wenn wir das zuständig waren, also das Emma-Vikus-Lawien, Rwanda, der Sondergerichtshof für Sierra Leonek. Die Idee der Errichtung eines ständigen internationalen Strafgerichtshofs war, dass man diese Sondertribonale nicht mehr braucht, weil in einer Institution dann besteht, die für sämtliche Situationen in Zukunft zuständig sein soll. Nun haben wir die seltsame Situation, dass der international Strafgerichtshof für die Situation in der Ukraine zuständig ist, aufgrund einer Adhok-Erklärung der Ukraine, die selbst noch immer nicht dem Institut beigetreten sind. Der internationale Strafgerichtshof kann seit 2018 auch seine Zuständigkeit, die er schon länger hat, über

das Verbrechen Aggression ausüben. Aber trotzdem kann er in diesem Spezialfall nicht seine Zuständigkeit über das Verbrechen Aggression in der Situation der Ukraine ausüben. Das heißt, wir haben eine Verfolgungslücke. Es war klar, dass es diese Verfolgungslücke gibt. Das war ein diplomatischer Kompromiss, den Staaten akzeptieren mussten, damit die Zuständigkeit über die Aggression überhaupt aktiviert werden konnte. Und so wurde die Idee geboren, dass man, obwohl Kriegsverbrechen gegen die Menschlichkeit und möglicherweise Völkermord vom internationalen Strafgericht so verfolgt werden können, man auch eine Institution braucht, die sich mit dem Verbrechen der Aggression beschäftigt. Denn gerade dieser Konflikt zeigt, dass die Aggression